

Schattenwirtschaft in Mittel- und Osteuropa

Auch eine Frage der Freiheit

In den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern ist die Schattenwirtschaft deutlich stärker verbreitet als in Westeuropa. Dies geht aus Schätzungen hervor, die allerdings neben der Schwarzarbeit auch kriminelle Tätigkeiten wie Drogenhandel oder Schmuggel berücksichtigen. Danach machte die Schattenwirtschaft im Schnitt der Jahre 2000 bis 2002 in Lettland 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, in Estland 39 Prozent und in Bulgarien 36 Prozent. In der Tschechischen und der Slowakischen Republik lag der Wert dagegen jeweils nur bei 18 Prozent – und damit in etwa auf dem Niveau der bisherigen EU-15.

Das Ausmaß der Schattenwirtschaft hängt vor allem davon ab, wie der Staat funktioniert. Länder mit Rechtssicherheit und zuverlässigen Verwaltungen wie die Niederlande, Großbritannien oder Österreich wiesen zuletzt eine wirtschaftliche Dunkelzone von nur 12 bis 13 Prozent des BIP auf. In Ländern mit schlechteren staatlichen Institutionen wie Bulgarien oder Rumänien belief sich die Schattenwirtschaft dagegen auf mehr als 30 Prozent des BIP. Naheliegenderweise arbeiten Firmen umso eher im offiziellen Sektor, je besser sie ihre Investitionen in einem stabilen staatlichen Rahmen planen und ihre Ansprüche bei Gericht durchsetzen können. Zusätzlich attraktiv wird der Gang in die Schattenwirtschaft dagegen dann, wenn die Betriebe mit bestechlichen Beamten zu tun haben. Daher lohnt es sich für die Transformationsländer, die Korruption zu bekämpfen. Zudem sollte die Wirtschaft weiter liberalisiert werden. Denn freier Wettbewerb und Marktwirtschaft sorgen für ein transparenteres Preis- und Qualitätsgefüge und erschweren so die Vetternwirtschaft.

Dominik H. Enste: Schattenwirtschaft und Korruption in Mittel- und Osteuropa, in: iw-trends 1/2004

Gesprächspartner im IW: Dr. Dominik H. Enste, Telefon: (02 21) 49 81-7 30



Auch eine Frage der Freiheit

In einigen EU-Beitrittskandidaten gedeiht die Schattenwirtschaft sehr viel stärker als in Westeuropa. Ursächlich hierfür sind vor allem die schlechtere Qualität der staatlichen Institutionen sowie die weit verbreitete Korruption. Diese ließe sich auch dadurch eindämmen, indem die Staaten Regulierungen abbauen und dem Markt noch mehr Freiraum verschaffen.*)

Die Jahre nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime haben den Menschen in Mittel- und Osteuropa einiges abverlangt. Viele, die zuvor in maroden Staatsbetrieben gearbeitet hatten und deren Qualifikationen in neuen Firmen nicht gefragt waren, standen nun auf der Straße. Mangels ausreichender Sozialleistungen lag der Weg in die Schwarzarbeit nahe, um die nötigen Zloty oder Kronen für den Lebensunterhalt zu verdienen.

Wie groß die wirtschaftliche Dunkelzone in den EU-Beitrittsländern ist, lässt sich allerdings nur schätzen. Die vorliegenden Daten umfassen zudem auch den „Wert“ krimineller Tätigkeiten wie Drogenhandel oder illegale Prostitution – und damit den gesamten Bereich der so genannten Schattenwirtschaft. Dennoch lassen sich die mittel- und osteuropäischen Länder nicht über einen Kamm scheren:

Während die Schattenwirtschaft in der Tschechischen und der Slowaki-

schen Republik im Schnitt der Jahre 2000 bis 2002 jeweils nur 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, waren es in Estland und Lettland etwa 40 Prozent.

Von den besonderen Problemen der Menschen zwischen Riga und Sofia abgesehen, hängt die Verbreitung der Schattenwirtschaft vor allem davon ab, wie gut und zuverlässig der jeweilige Staat funktioniert. Dies wird besonders deutlich, wenn die bisherigen EU-Staaten mitbetrachtet werden (Grafik):

Länder mit Rechtssicherheit und zuverlässigen Verwaltungen – wie die Niederlande, Großbritannien oder Österreich – haben meist weniger mit der Schattenwirtschaft zu kämpfen als jene mit schlechteren staatlichen Institutionen – wie Bulgarien oder Rumänien.

Dass z.B. in Finnland und Schweden trotz guter staatlicher Rahmenbedingungen viel „unter der Hand“ gearbeitet wird, liegt vor allem an den hohen staatlichen Abgaben (vgl. iwd 49/2003). Unabhängig davon leuchtet jedoch ein, dass Firmen, die ihre Investitionen in einem stabilen staatlichen Rahmen planen und ihre Ansprüche bei Gericht durchsetzen können, eher im offiziellen Sektor als im Untergrund arbeiten werden.

Zusätzlich attraktiv wird der Gang in die Schattenwirtschaft für Betriebe dagegen dann, wenn sie sich mit bestechli-

chen Staatsdienern herumschlagen müssen. Denn deren mögliche Geldforderungen und unberechenbare Entscheidungen lassen jede Investition zu einer Fahrt ins Ungewisse werden.

Diesen Zusammenhang belegen die Daten der Nicht-Regierungsorganisation Transparency International. Ihr Korruptionsindex zeigt auf einer Skala von 0 bis 10 (geringstes bis größtes Maß an Bestechlichkeit) z.B. für Rumänien einen Wert von 7,4 an; Lettland kommt auf 6,3. In Westeuropa liegt der Wert meist deutlich unter 3 – dort spielt auch die Schattenwirtschaft eher eine kleinere Rolle. Daher lohnt es sich für die Transformationsländer, die Korruption zu bekämpfen – also etwa für eine „durchsichtigere“ Verwaltung zu sorgen.

Zudem sollte die Wirtschaft weiter liberalisiert werden. Je mehr Freiheit ein Land seinen Bürgern und Betrieben gewährt, desto weniger gedeiht tendenziell die Korruption. Denn Wettbewerb und Marktwirtschaft sorgen für ein transparenteres Preis- und Qualitätsgefüge und erschweren so die Vetternwirtschaft. Gleichzeitig kommen liberalere Staaten mit weniger Regulierungen aus, so dass Unternehmen gar nicht erst richtig in Versuchung geraten, staatliche Vorschriften durch Bestechungsgelder umgehen zu wollen.

*) Vgl. Dominik H. Enste: Schattenwirtschaft und Korruption in Mittel- und Osteuropa, in: iw-trends 1/2004

